



Kreisparteitag in den Räumen der Plauener Tafel.

Vogtländische LINKE debattierten auf Kreisparteitag über die Bundestagswahlen

Vergangenen Samstag, den 25. November 2017, kamen die Mitglieder der Partei DIE LINKE im Vogtland in den Räumen der Plauener Tafel zu einem Kreisparteitag zusammen.

Als erste Punkte standen die Auswertung der Bundestagswahlen, sowie die Arbeit der Kreistagsfraktion auf der Tagesordnung. Einig waren sich die Genossinnen und Genossen, dass Neuwahlen aktuell wenig verbessern wür-

den und dass die LINKE in Sachsen ihr soziales Profil in der Öffentlichkeit schärfen muss.

Auch Wahlen standen beim höchsten Gremium des Kreisverbandes auf der Agenda. Nach dem Rücktritt des bisherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurde der 31 Jahre alte Stadtrat: André Hegel aus Plauen mit 81% als Nachfolger gewählt. Da André Hegel bereits Mitglied des Kreisvor-

standes ist, war eine Nachwahl eines Vorstandsmitgliedes nötig. So wurde Jeanette Haase-Pfeuffer aus Plauen als weiteres Mitglied in den Kreisvorstand gewählt.

Im Anschluss wählten die vogtländischen LINKEN ihre Delegierten für die nächsten Sitzungen des Bundesparteitages und der LandesseniorInnenkonferenz des sächsischen Landesverbandes.~

aus dem
Inhalt:

Strittige Ehrung in Falkenstein..... S. 2
Landesparteitag in Chemnitz..... S. 4
Briefe..... S. 6

DIE LINKE.

SCHETTLER-EHRUNG EINE SCHANDE FÜR FALKENSTEIN

Zur Debatte um die Namensgebung der Sporthalle in Falkenstein erklärt Janina Pfau, Kreisvorsitzende der vogtländischen LINKEN und Landtagsabgeordnete:

„Gothard Schettler gehörte nicht nur zur NS-Elite, sondern hat seine rassistische Gesinnung auch nach dem Ende des Dritten Reiches nicht abgelegt. Im Gegenteil er war aktiv beteiligt, Opfern des Nationalsozialismus ihre ihnen zustehende Wiedergutmachung zu verweigern. Festzustellen, dass ein führender Vertreter eines mörderi-

schen Regimes selbst niemanden umgebracht habe, wie Marco Siegemund es tut, ist mehr als geschichtslos. Und wenn der Fraktionschef der Bürger für Falkenstein, Michael Lienemann, meint, die Namensgebung mit Verweis auf die im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen rechtfertigen zu müssen, ist das nicht weniger als die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus.

Schettler hat als Täter in der ehrenvollen Erinnerung der Stadt nichts zu suchen. Genau deshalb sollte man seinen

Namen nicht nur von der Sporthalle, sondern auch von der Liste der Ehrenbürger Falkensteins entfernen. Das Bedürfnis, ein öffentliches Gebäude nach einem Kind der Stadt zu benennen, ist nachvollziehbar. Warum man aber in Falkenstein ausgerechnet an einen NS-Mediziner dachte, und nicht, wie naheliegend, an einen Sportler, ist befremdlich. Sonst könnte die Halle heute den Namen des Leichtathleten und Speerwerfers Gottfried Weimann tragen.“~

LANDESVORSTAND MIT MEHRHEITLICH NEUEN GESICHTERN

Die 2. Tagung des 14. Landesparteitages der sächsischen LINKEN hat am Samstag und Sonntag den neuen Landesvorstand gewählt. Im Ergebnis wird die Landespartei damit von einem Landesvorstand geführt, in dem 10 von 18 Mitglieder dem letzten Landesvorstand nicht angehört haben.

An der Spitze des 18-köpfigen Gremiums, bestehend aus je neun weiblichen und männlichen Mitgliedern, steht Antje Feiks als neu gewählte Landesvorsitzende. Das Durchschnittsalter des Vorstandes liegt bei 40,5 Jahren.

Auch die weiteren Gremien der Landespartei wurden gewählt. So besetzte der Landesparteitag bis in die Abendstunden des Sonntags die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission neu. Auch die sächsischen VertreterInnen für den Bundesausschuss – dem Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand – wurden neu bestimmt.

Inhaltlich hatte der Landesparteitag bereits am Samstag mit dem Leit-

trag das Arbeitsprogramm für den neuen Landesvorstand beschlossen. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen die Delegierten nach intensiver Debatte dabei auch eine Offensive für den ländlichen Raum, durch welche die Partei ihre Präsenz in der Fläche in den kommenden Jahren verstärken will.

Übersicht der Mitglieder des Landesvorstandes

Antje Feiks (Landesvorsitzende Erzgebirge), Jana Pinka (Stv. Landesvorsitzende Mittelsachsen), Silvio Lang (Stv. Landesvorsitzender, Dresden), Tho-

mas Dudzak (Landesgeschäftsführer, Westsachsen), Bernd Spolwig (Landesschatzmeister, Bautzen), Anja Eichhorn (Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik, Dresden), Christopher Colditz (Jugendpolitischer Sprecher, Dresden) Weitere: Cornelia Falken (Leipzig), Franziska Fehst (Dresden), Elisa Gerbsch (Leipzig), Jayne-Ann Igel (Dresden), Kathrin Kagelmann (Görlitz), Michael Eichhorn (Westsachsen), Lars Kleba (Mittelsachsen), Lutz Richte (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Heiko Rosenthal (Leipzig), Alexander Weiß (Zwickau) ~



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
15. Dezember 2017

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



EINE NACHLESE ZUM THEMA STADTGRABEN

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Wilhelm, sehr geehrte Medienvertreter, als erstes möchte ich mich für Ihre Antwort vom 15.09.2017 per Brief bedanken. Es sind schon einige Wochen vergangen, in denen ich auch eine Antwort vom ZWAV und vom Umweltamt erwartet hätte. Jedoch war dieses Warten vergeblich, von beiden keine Antwort!

Als positives Ergebnis dieses Vorganges ist zu würdigen, dass nach mehrjähriger Vernachlässigung des Stadtgrabens, dieser nun endlich etwas Pflege erhalten hat. Dafür bin ich Ihnen ganz persönlich und auch die Bürger von Dorfstadt sehr dankbar.

Negativ ist jedoch anzusehen, dass es erst eines Schreibens an Landrat und Presse bedarf, um ganz normale Arbeiten zur Instandhaltung zu veranlassen.

Hauptanliegen meiner Mail vom 04.09.2017 war es, in Erfahrung zu bringen ob Sie es für moralisch richtig halten, dass der ZWAV von seinen Kunden die nicht gesetzeskonforme Anlagen betreiben, ein Bußgeld erhebt, wobei er selbst Anlagen betreibt, die nicht gesetzeskonform sind. Diese Frage bleibt in Ihrem Schreiben vom 15.09.2017 unbeantwortet.

Deshalb möchte ich Sie nochmals fragen: *Ist es moralisch richtig, dass der ZWAV Bußgelder für nicht gesetzeskonforme Anlagen erhebt, wo der ZWAV doch selbst Anlagen betreibt, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen*?

In Ihrem Schreiben auf Seite 2 Abs. 1 "Der RÜ entspricht, wie Ihnen bereits vom Geschäftsführer des ZWAV Plauen bestätigt wurde, nicht den heutigen gesetzlichen Anforderungen" Dazu möchte ich bemerken, dass ich vom ZWAV in dieser Angelegenheit noch keine Antwort oder wie von Ihnen dargelegt, "eine Bestätigung" erhalten habe.

Weiter führen Sie in Ihrem Schreiben aus, dass eine Entlastung bei Bauwerken, die den Regeln der Technik entsprechen, gestattet ist. Das ist aber bei dieser Pumpstation eben nicht der

Fall. Somit möchte ich auch hier die Frage stellen: Ist eine Einleitung im Entlastungsfalle erlaubt, wenn die Pumpstation insbesondere die notwendigen Speicher nicht den Vorschriften entsprechen?

Weiter legen Sie im gleichen Absatz dar "... ein Teil verdünntes Mischwasser...". So möchte ich Sie nun bitten, mir zu erklären, womit das Mischwasser, welches aus Regenwasser und Abwasser besteht, dann noch weiter verdünnt wird.

In Ihrem Schreiben legen Sie auch dar, dass die am Ufer abgelagerten Stoffe nicht ins Abwasser gehören. Nun muss aber eben bei Mischwasser damit gerechnet werden, das jegliches Material auch von Straßen und Wegen durch das Regenwasser mit fortgespült wird und somit alles mögliche im Mischwasser landen kann. Auch ist damit zu rechnen, dass unlösliche Feststoffe ins Abwasser gelangen. Entgegen der Darstellung von Herrn Sarch in der Presse setzen sich offensichtlich doch nicht alle Feststoffe ab.

Im 4. Absatz der 2. Seite heißt es: "Im vorliegenden Fall wurde nach entsprechenden Regenereignissen, die zu einem Abwurf in den Grenzbach geführt haben dieser jeweils vom ZWAV beräumt und gereinigt." Diese Angabe muss ich als absolut falsch zurückweisen, denn es ist mit Bildern belegt, dass die Feststoffe schon seit Jahren in den Büschen hängen. Und auf dem Bild vom 22.10.2017 ist zu sehen, dass diese Feststoffe aus dem Abwasser bis dato immer noch in den Büschen hängen.

Die Bürger von Dorfstadt würden es sicherlich begrüßen, wenn Sie sich selbst mal ein einen Eindruck aus der realen Welt verschaffen, als sich irgendwelche Ausreden zuarbeiten zu lassen, welche offensichtlich auch noch falsch sind.

Da Sie in Ihrem Schreiben das Gewässer zwischen Pumpstation und Treba als Grenzbach bezeichnen, möchte ich auf eine Differenz in den Karten hinweisen. Laut Google Maps ist der Grenzbach östlich vom Wiesenbach zwischen Oelsnitzer Straße und B169. Dieses Gewässer hat in den Karten

des Geoportals leider keine Bezeichnung. Deshalb muss ich hier die Frage stellen: Wie heißt dieses Gewässer? Weiter ist es für mich schwer vorstellbar, dass ein Gewässer, welches nur vom Überlauf der Pumpstation gespeist wird, als Bach bezeichnet wird. Nach meinem Verständnis ist ein Gewässer, welches offensichtlich künstlich angelegt wurde und nur vom Überlauf der Abwasserpumpstation gespeist wird, eher als Graben als ein Bach zu bezeichnen. Wenn es sich dann um eine Anlage handelt, welche vorwiegend Abwasser führt, sehe ich die Verantwortung eher beim ZWAV als bei der Stadt Falkenstein.

Aus diesem Grund möchte ich eine Überprüfung der Karten im Geoportal anregen, da ich selbst nicht sagen kann, welche Bezeichnung richtig ist. Bei uns im Dorf ist der umgangssprachliche Begriff der Stadtgraben.

Am Ende Ihres Schreibens steht der Satz: "Der ZWAV teilte zwischenzeitlich auf Nachfrage mit, dass der Grenzbach (Stadtgraben) gemäht und gereinigt wurde." Zum ersten wurde der Stadtgraben bis zum heutigen Tage definitiv nicht gereinigt, und auch nicht wie von Ihnen dargelegt, nicht bis zum 15.09.2017 gemäht. Die Mäharbeiten wurden in großen Teilen nur oberflächlich am Rand ausgeführt und haben sich bis zum 17.10.2017 hingezogen. Als Anlage sende ich Ihnen ein Bild vom 22.10.2017, vom oberen Teil des Stadtgrabens.

Abschließend möchte ich noch meine ganz persönliche Meinung loswerden: Wer in der heutigen Zeit eine e-Mail per Brief beantwortet, den halte ich für technisch und organisatorisch im vorigen Jahrtausend zurückgeblieben.

Da Sie in Ihren Brief für Seite 2 ein anderes Papier (also keinen Kopfbogen wie bei Seite 1) verwenden, sehe ich schon den Ansatz einer Sparsamkeit. Wenn ich nunmehr den Vorschlag unterbreiten darf, bei zweiseitigen Schreiben die Rückseite des Blattes mit zu verwenden, so könnte damit das zweite Blatt komplett eingespart werden.

Jens Uhlmann



Parteivorsitzende Katja Kipping bei ihrer Rede auf dem Landesparteitag.

DOPPELKANDIDATUREN FÜR SPITZENFUNKTIONEN AUF DEM LANDESPARTEITAG IN CHEMNITZ

Zeichen für Krise oder für Demokratie?

Selten war ein Landesparteitag mit solcher Spannung erwartet worden: Sachsen erlebt einen gefährlichen Rechtsruck, die Bundestagswahl hat den Rechten in Sachsen zweistellige Wahlerfolge gebracht, die sächsischen LINKEN mussten Verluste hinnehmen. Wird es nun nach dem Rückzug von Rico Gebhardt als Landesvorsitzender Entscheidungen für Spitzenkandidaten geben, die für ein "Weiter so" plädieren, oder wird sich der Parteitag für Spitzenkandidaten entscheiden, die eine Kurskorrektur fordern?

Die gute Nachricht: Auf dem Parteitag wurden Probleme angesprochen, aber es gab keine Schlammschacht. Zu Doppelkandidaturen zitierte Klaus Bartl die FAZ, die Wahlmöglichkeiten gut hieß, weil die DIE LINKE dadurch in der Öffentlichkeit wieder stärker wahrgenommen wird. "Zwei Angebote für Funktionen sollte das Normalste auf der Welt sein", so Silvio Lang, der neu als stellvertretender Landesvorsitzender kandidierte und die Wahl gewann.

In vielen wichtigen Fragen war sich der Parteitag einig, so etwa in den Positionen, die Bernd Rixinger in seiner mit viel Beifall bedachten Rede vortrug:

- Wir sind eine Mitgliederpartei, Mitglieder müssen unsere Parteipolitik entscheidend mitbestimmen.
- Beim Umgang mit der Flüchtlingsfrage muss vor allem gelten:
 - Menschen in Not ist zu helfen.
 - Wir brauchen eine soziale Offensive sowohl für sozial Benachteiligte, die schon immer hier wohnen, als auch für die, die neu zu uns kommen. Wichtig ist zu begreifen, dass nicht die Geflüchteten die Ursache für Armut bei uns sind, sondern die zunehmende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen.
 - Vorrangig müssen wir Fluchtursachen bekämpfen: den Klimaschutz voranbringen, den Handel mit Kriegsmaterial sofort beenden und die Weltwirtschaft gerecht und fair gestalten.

- Wir dürfen den Rechten mit ihren menschenfeindlichen Parolen nicht den öffentlichen Raum überlassen, nicht der AfD und nicht Pegida und Co, die einen Gegensatz zwischen dem "einfachen, arbeitsamen Volk" und der "korrupten Elite" (DIE LINKE schließen sie ein) postulieren, in Wirklichkeit aber eine unsoziale Politik ähnlich der FDP vertreten und sozial Verunsicherte empfänglich für einfache Antworten und rechte Sprüche machen.

- Wir müssen öffentliches Eigentum ausbauen, um größeren Spielraum für soziale Politik zu erhalten.
- Wiederholt wurde in der Diskussion gefordert, Themen auf die Tagesordnung zu setzen, die die Menschen bewegen. Dazu gehören mindestens zwei Fragenkomplexe, die auf dem Parteitag zwar angesprochen wurden, die aber detaillierter debattiert werden müssen, auch mit der Überlegung, ob evtl. Kursänderungen nötig wären:



Ganz in der Nähe des Tagungsobjekts das Wahrzeichen von Chemnitz: "der Nischel".

1.) Was bedeutet die Position unseres Parteiprogramms "Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen" in unserer aktuellen politischen Situation? Haben wir uns dabei "nur" um diejenigen zu kümmern, die es schaffen, die deutsche Grenze zu überwinden? Oder erwartet man von LINKEN und Linken auch Lösungsvorschläge für Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern an den Außengrenzen der EU vegetieren und in Libyen gedemütigt, gefoltert und ausgebeutet werden? Und müssen wir uns nicht auch um die Sorgen, die unter Lebensgefahr auf dem Mittelmeer und in den Wüsten Afrikas unterwegs nach Europa sind? Der Landesvorstand fordert in seinem Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag, gegen die Hasparolen der "Wutbürger" unsere Utopie einer solidarischen Gesellschaft und unsere Vorschläge für ein solidarisches Hier und Jetzt zu setzen. Wie aber soll dieses solidarische Hier und Jetzt verwirklicht werden? Wie erreichen wir durch eine Debatte über humanistische und realisierbare Gestaltungsmöglichkeiten, die derzeitige gesell-

schaftliche Rechtsentwicklung zu stoppen und umzukehren? "Wie bekommen wir es hin, dass Menschen sich über Kriege stärker empören als über Flüchtlinge?" fragte Antje Feiks.

2.) "Wie setzen wir uns mit dem Vorwurf auseinander, dass sich DIE LINKE zu einer hippen Partei, vornehmlich bestehend aus akademischen urbanen Bürgern, entwickle und sich nicht mehr als Arbeiterpartei verstünde, wo doch ganz besonders die schlecht bezahlten Beschäftigten im Pflegedienst, im Gesundheitswesen, im Dienstleistungsgewerbe, Leiharbeiter und Minijobber unsere Unterstützung brauchen?" fragte Bernd Riexinger in seiner Rede. Der Zulauf vorwiegend junger Menschen zu unserer Partei ist ein großer Gewinn. Logisch ist, dass sie neue Ideen, Ziele und Gesellschaftsvorstellungen in die Parteiarbeit einbringen, und klar ist, dass sich unsere Partei durch sie verändern wird. Sollte diese Entwicklung aber als "Aushandlungsprozess zwischen langjährigen und neuen Mitgliedern" stattfinden, wie es im Leitantrag heißt, der auf dem Parteitag be-

schlossen wurde? Sollten wir nicht vielmehr von unseren neuen jungen Mitgliedern erwarten, dass sie neue wissenschaftliche Erkenntnisse über aktuelle Entwicklungsprozesse des globalen Kapitalismus einschließlich seiner Manipulationsaktivitäten in die politische Debatte einbringen? Und dass sie den aktuellen Diskussionsstand zu Möglichkeiten transformatorischer Entwicklungen hin zu einer humanistischen sozialistischen Gesellschaft produktiv machen für die Strategieentwicklung und die politische Arbeit unserer Partei?

In einer linken Partei muss es möglich sein, sowohl über Probleme der Flüchtlingspolitik, die in ihrer inhaltlichen und globalen Ausprägung neu sind, als auch über Konzepte der Gesellschaftsentwicklung ruhig, sachlich, in gegenseitigem Respekt und kulturvoll zu debattieren. Nur so können realisierbare humane, also sozialistische Lösungen gefunden werden. Doppelkandidaturen sollten uns aktivieren! Sie sind ja auch in Zukunft möglich.

Dorothea Wolff

NOBELPREIS FÜR MATHEMATIK

Die alte und wahrscheinlich auch die neue Bundesregierung sollten den Nobelpreis für Mathematik erhalten. Ist es ihr doch gelungen, aus dem Konsumverhalten hochbetagter Witwen das menschenwürdige Existenzminimum für Männer, die noch im erwerbsfähigen Alter stehen und doch eine deutlich abweichende Verbrauchs- und Bedürfnisstruktur aufweisen, „abzuleiten“. Erschwerend kommt noch dazu, dass das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial nach eigenen Erkenntnissen unvollständig, ungenau und nur deshalb als wahr betrachtet wird, weil auf freiwilligen Angaben beruhend. Gedächtnislücken und vorsätzliche Falschangaben, gleich aus welchem Grund, finden dabei keine Berücksichtigung. Auch der Erhebungszeitraum ist ei-

gentlich zu kurz. Anstelle eines vollen Jahres, wie im Gesetz über die Statistik privater Haushalte wegen der Erfassung saisonaler Ausgabenschwankungen zu Weihnachten, im Urlaub oder zu Familienjubiläen für ein reales Bild gefordert, ist auf nur drei Monate beschränkt und damit nur sehr eingeschränkt aussagefähig. Überhaupt werden auch nicht alle tatsächlichen Ausgaben erfasst, und rund 15% davon fallen schon mal unter den Tisch. Auch ist die Fragestellung eine völlig andere. Bei der Statistik geht es um die tatsächlich getätigten Ausgaben, ohne zu berücksichtigen, ob notwendig oder nicht. Diese „Bewertung“ erfolgt erst danach. Beim Existenzminimum geht es aber um den realen Bedarf, der von der Statistik nicht er-

fasst wird. Bei einer derartigen Ausgangslage derart genau einen Regelsatz zu ermitteln, sollte wirklich mit dem Nobelpreis belohnt werden, denn nachvollziehbar sind diese Rechenkünste auch für Fachleute nicht. Sollte man allerdings auf die rückständige Warenkorbmethode verfallen, bei der ein Korb mit den tatsächlich existenznotwendigen Dingen bis hin zu Möglichkeiten einer Teilhabe am gesellschaftlichen, aber auch des familiären Lebens gefüllt und dann die dafür erforderlichen Kosten anhand marktüblicher Preise ermittelt werden, käme man auf ein ganz anderes Ergebnis als die regierungsamtlichen Experten, was natürlich nicht sein kann.

Wolfgang Waitz

WOLLEN WIR UNS MISSVERSTEHEN?!

Kürzlich hab ich auf Twitter gesehen, dass Genoss*innen unserer Partei den Austritt führender Köpfe unserer Partei gefordert haben. Natürlich muss man nicht immer mit allen Äußerungen innerhalb der Partei konform gehen, aber öffentlich den Parteiaustritt von Genossen zu fordern, ist schon starker Tobak.

Aber was war passiert?! Sahra Wagenknecht hatte ebenfalls über Twitter folgendes gesagt: „Wieso kann ein reiches Land wie Deutschland nicht seine Fachkräfte selbst ausbilden? Es gibt im Medizinstudium jedes Jahr 43.000 Bewerbungen, von denen wegen des Numerus Clausus nur 9000 einen Studienplatz bekommen. Und dann holen wir uns Ärzte aus dem Irak, Syrien, dem Niger oder anderen armen Ländern – zynischer geht's nicht“.

Nun ist Sahra für viele gern ein Reibungspunkt, egal was sie sagt. Ich habe aber nicht nur bei ihr das Gefühl, dass man sie bewusst falsch verstehen will. Wenn man mit dem Willen rangeht, in ihr eine rassistische Hetzerin zu sehen, dann kann man sich vieles herbeiphantasieren. Man kann aber auch versuchen, ihre Aussage ohne Vorurteile gegen ihre Person zu sehen. Schafft man das,

dann finde ich, dass sie mit der Aussage viele Probleme gleichzeitig anspricht. Zum einen, die fehlenden Studienplätze um den eigenen Bedarf zu decken. Dann die hohen Hürden, die gerade beim Medizinstudium gelegt werden. Ein weiterer Punkt ist, dass natürlich gerade die genannten Länder ihre Fachleute gerade selbst gut gebrauchen könnten. Was nicht bedeuten soll, dass wir diesen Menschen den Schutz verwehren sollten. Und noch ein Grund ist unsere überhebliche Art als Deutsche und Europäer, uns nach Belieben überall auf der Welt als das zu nehmen, was wir gern haben möchten. Die andere Gesellschaft hat viel Kraft in die Ausbildung seiner Fachleute gesteckt und wir „ernten“ nun die Früchte.

Ihr versteht sicher, worauf ich hinaus will. Man kann immer missverstehen, wenn man das möchte, ich finde es aber falsch. Aber selbst, wenn es mal zu einem Missverständnis kommt, ist es aus meiner Sicht der falsche Weg, dass man in aller Öffentlichkeit gegen Mitglieder unserer Partei pöbelt und sie zum Austritt auffordert.

Maik Schwarz

NIX MIT ST - MARTIN

Der Daumen der Wähler zeigt nach unten!

Das hatte sich die SPD fein ausgedacht: Zum großen Reformationsjahr wollten sie den besten Reformator ins Feld schicken, um die protestantische Pöpsel mit der biblischen Amtszeit aus dem Kanzleramt zu werfen. Wie einst Martin der Mönch aus Eisleben am Harz sollte nun Martin der Buchhändler aus Würselen die Verhältnisse aus der Provinz heraus umstürzen. Und es lief so gut an: Statt schnöder 95 Thesen gab es 100 Prozent Zustimmung, dank Gutenbergscher Buchdrucktechnik ging schon das Wort vom »Sankt Martin« um die Welt, die Christen-Union stand kurz vorm Schisma. Doch kometenhaftem Aufstieg folgte der Absturz in Asche, zu sehen auf Phoenix. Da half nicht einmal das Heil in persona Hubertus. Und Sankt Martin erkannte sich im Spiegel nicht wieder – hatte er nicht an seine reformatorischen Gaben geglaubt? Oder gar vergessen, dass, wer glaubhaft reformieren will, erst einmal weit weg vom Har(t)z muss? Im Jahr 2363, zum 500. SPD-Jubiläum erfahren wir es. Dann kommen auch die Martinsgänse, die in den warmen Süden geflohenen sind, wieder in Richtung Germania geflogen!

Dieter Riedler

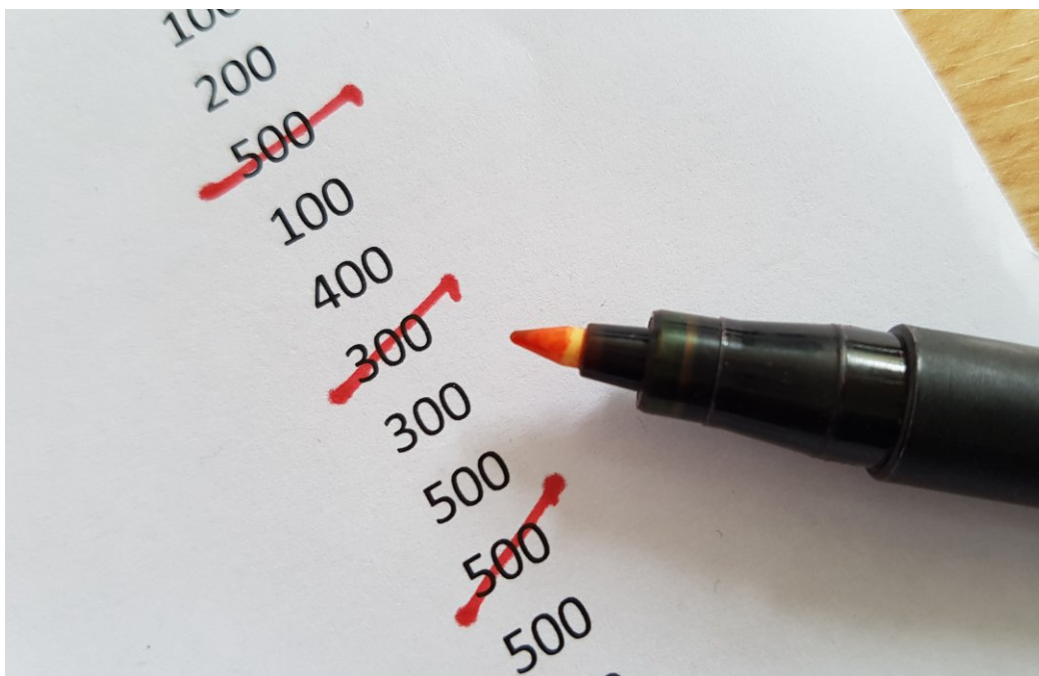
(ZU) "SPÄTE EINSICHT"?

Schau an! Wird „der Mops da plötzlich munter“? – wie es im Volksmund heißt. Sollte man doch ohnehin – zumal im Lutherjahr – dem Volk mehr „aufs Maul“ schauen, wo er halt recht hat, der Martin... In solchem Sinne – aber Hallo, Herr Dulig!

Woher diese überraschende Erkenntnis zum erbärmlichen Lohnniveau in Sachsens Gastronomie. Die ist doch nicht neu. Und sind nicht gerade Sie als stv. Ministerpräsident für dieses Desaster erst recht verantwortlich? Da können wir doch nicht plötzlich – und ausgerechnet sind kaum die Wahlen vorbei – (aus dem ja auch Ihre Partei nicht so ganz „ungerupft“ rauskam) den Bock zum Gärtner machen. Und welch erstaunlich „neue Erkenntnis“: Die Löhne als entscheidendes Kriterium. Das waren die lange schon – und vorher auch!

War es nicht ausgerechnet Sachsen, das sich als „Billiglohnland“ quasi angebietet hatte? Auch deshalb schließlich unsere bestens ausgebildeten Fachkräfte das Land in Richtung West verließen. In die Schweiz, nach Österreich und noch weiter weg, wo sie dann trotzdem als „Menschen zweiter Klasse“ oft genug behandelt wurden. Manche – zumal junge, ungebundene – fanden Anschluss, auch persönlich, blieben dort, in ihrer nunmehr neuen Heimat. Viele aber kehrten auch zurück, was allerdings nicht Ihrer eigenartigen „Rückführungsaktion“ zu verdanken ist. Nein, das Heimweh wohl eher war es. Die Unvereinbarkeit von beruflichen und familiären Interessen. Nach vielen Enttäuschungen – unerfüllten Hoffnungen – zurückzukehren zur Familie. Die sogenannten „Investoren“ indes kehrten mit prall gefüllten Taschen eben dorthin zurück. Was sie hinterließen – Herr Dulig, ich weiß wovon ich rede – und Sie gewiss auch. Gebe ich Ihnen indes gern Recht in Sachen „dringendem Handlungsbedarf“, der schon lange besteht. Ja, dann handeln Sie doch endlich!

Ich weiß sogar auch wo: Wussten Sie eigentlich, dass da im vogtländischen



Falkenstein Bürger zu Protestdemos auf die Straße gingen? Aus Protest, weil man mit einem „einzigem behördlichen Federstrich“ die einzige – traditionell bewährte und fachlich hoch geschätzte Ausbildungsstätte „abgewickelt“, die Azubis nach Schneeberg „abgeschoben“ hat. Im „Hauruck“-Verfahren, weil der Landrat des Vogtlandes – bereits Monate zuvor informiert – diese Mitteilung nicht an die Betroffenen weitergab – geschweige denn Interesse am Erhalt der Bildungsstätte gezeigt hatte.

Da war „die Krähe (fast schon) tot“, als sich eine Bürgerinitiative bildete, der u.a. neben Schülern und Lehrern auch die IHK, vielen Persönlichkeiten aus Handwerk und Gewerbe wie auch Stadt und Städteverband Göltzschtal angehörten. Das Motto: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft im Vogtland klaut.“ Der Herr Landrat ward wohl nicht gesehen – passend zu der Vermutung des Mitorganisators der Demos, IHK-Ehrenpräsident Theo Kießling: Er geht davon aus, dass sich das Landratsamt wegen des Kostendrucks kaum für die Schule engagiert. „Man will sparen – aber unsere Berufsschule ist dafür die falsche Stelle. Es geht um die Zukunft des ländlichen Raums“. Ja, nun mehr noch: Zumin-

dest auch die Zukunft des Vogtlandes als Tourismusgebiet. Und das geht nun einmal nicht ohne funktionierendes Hotel- und Gaststättenwesen!

Wie hatte doch Frau Yvonne Magwas (CDU – Bundestagsabgeordnete) vor der Wahl auf einer Bürgerversammlung versprochen: „Wir müssen um jede Berufsschule im Vogtland kämpfen.“

Ja, dann tun Sie das mal!

Mit dem Herrn Landrat gemeinsam – und dem Genossen Dulig parteiübergreifend und der Sache wegen! Da „schreiten“ Sie denn doch mal gemeinsam „Seit an Seit“ – gern auch „Wir sind die erste Reihe, wir schreiten kühn voran“.

Könnte es sonst – um ´s mal ins „Kellerdeutsch“ zu übertragen, passieren, dass Sie auf „Schilder des Bürgerwillens“ treffen wie „Sie werden platziert – in die hinteren Reihen des Parlaments“ oder gar „Hier wird zur Zeit nicht...nein: Wir sind von Euch bedient!“

Jürgen Böhm

NEUES VON DAR META

Ne Donnerstooch frieh hamm siech de Meta un iehr Freidin, de Neideiteln widder e moll im Plauischen Stadtprk getroffn un sei bei denn scheenen Wetter spaziern gange. In dor Tennera sei se eigekehrt, hamm Kaffee getrunk'n, frisch gebackne Reformationsbreetle gessen un wie immer ausgiebisch gewaaft. „Woaste schaa s'Neiste?“ ftoocht de Meta, de „Link'n im Vuuchtland hamm 2000 Unterschrift'n geeng die vom Kreistag beschlossene Abfallsatzung gesammelt. Der beschlossene, un- ausgegorene, mit vielen Stockfehlern un Rechtsverletzungen behaftete Mist is nix weiter als e ABM – Maßnahme fier unnere Rechtsanwältle. Wenn unnere Berscher de erschn Gebührensbescheide in den Händn haltn wern diese zu einer tsunamiartigen Klagewelle führn, wie scha lang net. De

Schwarzkittl reim siech itze schaa de Händ, wie leicht se widder moll en Haufn Geld vardiene kenne! Des großspurisch „Regelwerk“ genannte Pamphlet, dess ab 2019 gelten soll, is ohne öffentliche Ausleeschung un ohne Bürgerbeteiligung zustande komme, obwohl dess groß un braat im Gesetz vorgeschriem is.“

Drauf de Neideiteln: „Des hoo iech aa gelesen, aber ne Abfallboss Beck intressiert des net! Zu denn Ganz'n kimmt noch, dess dor Landkreis de privat genutz'tn Kleingärtn net als Grund anerkennt, siech von dor neien Biotonne befreien zu lassen, obwohl des schwarz auf weiß im Kreislaufwirtschaftsgesetz stett! Mar kennt ball denkn, denn plauischen Müllbossen is Recht un Gesetz genauso scheißegel, wie den kopfkrank'n „Reichsbürgern“, die itze in ganz Deutschland iehr Unwesen treim!“

Dieter Riedler

ICH BRAUCHE DICH!

Eine gute Zeitung braucht gute Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter!

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich lebe von guten Inhalten. Hilf mir, dass ich weiter bestehen kann und
interessant bleibe.

Vielen Dank! Deine Zeitung

Der Vogtlandbote

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehnen Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

H. Golle	Reichenbach	3.12.
R. Hummel	Ellefeld	6.12.
W. Eschenbach	Oelsnitz	8.12.
H. Trillitzsch	Oelsnitz	15.12.
H. Rott	Rodewisch	17.12.
R. Enk	Plauen	18.12.
H. Luderer	Falkenstein	23.12.
D. Trende	Treuen	26.12.
A. Wöllner	Reichenbach	27.12.
M. Damisch	Treuen	28.12.
W. Bloß	Plauen	2.1.
C. Schreiber	Steinberg	2.1.
I. Wolf-Schönfuß	Reichenbach	2.1.
H. Kunzmann	Oelsnitz	3.1.
M. Pollmer	Plauen	3.1.
R. Netsch	Berlin	14.1.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

Nach Schätzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) waren 2016 weltweit rund 815 Millionen Menschen chronisch unterernährt.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.11.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.12.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.